

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Stephan Bothe (AfD)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung

Wie hat sich die Lage in dem durch eine migrantische Jugendbande „terrorisierten“¹ Wolfenbüttel entwickelt?

Anfrage des Abgeordneten Stephan Bothe (AfD), eingegangen am 21.12.2023 - Drs. 19/3179, an die Staatskanzlei übersandt am 22.12.2023

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung vom 23.01.2024

Vorbemerkung des Abgeordneten

Am 18. Oktober 2023 wurde berichtet², dass im Innenstadtbereich Wolfenbüttels eine hauptsächlich aus Migranten bestehende Jugendbande Bürger „terrorisiert“. Es komme regelmäßig zu Bedrohungen, Beleidigungen, Sachbeschädigungen, Ruhestörungen, Verunreinigungen, Verstößen gegen das Waffengesetz und Belästigungen von Frauen. Zudem würde Bürgern vor die Füße gespuckt und mit Zigarettenstummeln nach ihnen geworfen. Ermahnungen und Platzverweise hätten keine abschreckende Wirkung gehabt. Im Rahmen eines Großeinsatzes mit mehr als 50 Beamten seien daraufhin 33 Personen kontrolliert, zum Polizeirevier mitgenommen und einer Identitätsfeststellung unterzogen worden.

Vorbemerkung der Landesregierung

Polizeiliche Einsatzmaßnahmen und der daraus folgende Kräfteansatz unterliegen einer ständigen Lagebewertung. Infolgedessen sind am 17.10.2023 im Innenstadtbereich Wolfenbüttels vorgeplante polizeiliche Einsatzmaßnahmen im Rahmen eines entsprechenden Stufenkonzepts durchgeführt worden.

Die polizeilichen Maßnahmen resultierten aus der Feststellung von strafrechtlich relevantem Verhalten einer größeren Gruppe Jugendlicher beziehungsweise Heranwachsender im Innenstadtbereich Wolfenbüttels. In diesem Zusammenhang sind zunächst Belästigungen durch das gruppendynamische Verhalten, wie u. a. Lärmbelästigungen oder Verunreinigungen, festgestellt worden. Unmittelbar vor den polizeilichen Einsatzmaßnahmen am 17.10.2023 war das Verhalten der Gruppierung zunehmend durch strafrechtlich relevantes Verhalten, wie beispielsweise Beleidigungen und Sachbeschädigungen, geprägt.

Das registrierte strafrechtlich relevante Verhalten konnte hierbei der vorgenannten Gruppierung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zugeordnet werden. Das konkrete Einleiten von Strafverfahren gegen Einzelpersonen war nur zum Teil möglich, da die Straftaten aus der Gruppe heraus begangen wurden und entsprechende Tatbegehungen nicht konkret einem der Anwesenden zugeordnet werden konnten.

Vor diesem Hintergrund sollten bei den geplanten polizeilichen Einsatzmaßnahmen die Identitäten der Gruppenmitglieder festgestellt und im Einzelfall einer erkennungsdienstlichen Behandlung zur Durchführung eines Strafverfahrens unterzogen werden.

¹ <https://www.bild.de/regional/hannover/hannover-aktuell/jugendbande-terrorisiert-kleinstadt-wolfenbuettel-in-angst-85791740.bild.html>

² ebenda

Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang, dass im Rahmen der polizeilichen Maßnahmen am 17.10.2023 keine Personen gem. §§ 18 ff. Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG) in Gewahrsam genommen wurden. Ungeachtet dessen sind 18 Personen zur Identitätsfeststellung und teilweise erkennungsdienstlichen Behandlung zum Polizeikommissariat (PK) Wolfenbüttel verbracht worden.

1. Wie viele der in Gewahrsam genommenen Jugendlichen sind Migranten und welcher Herkunft sind sie? Es wird um Aufschlüsselung nach Anzahl und Herkunft gebeten.

Unter den 18 Personen, die zur Identitätsfeststellung und teilweise erkennungsdienstlichen Behandlung zum PK Wolfenbüttel verbracht worden, befanden sich 13 Jugendliche, wovon eine Person die deutsche, neun Jugendliche die nichtdeutsche und drei Jugendliche jeweils die deutsche und eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen. Die entsprechenden Staatsangehörigkeiten sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Anzahl der Personen	Staatsangehörigkeit
5	Syrien
2	Afghanistan
1	Irak
1	Iran
1	Deutsch/Syrisch
1	Deutsch/Ägyptisch
1	Deutsch/Dänisch
1	Deutsch

2. Wie alt sind die in Gewahrsam genommenen Personen? Es wird um Aufschlüsselung nach Anzahl und Alter gebeten.

Bei den 18 Personen, die zur Identitätsfeststellung und teilweise erkennungsdienstlichen Behandlung zum PK Wolfenbüttel verbracht worden, handelt es sich um Jugendliche bzw. Heranwachsende.

Anzahl der Personen	Alter
3	14 Jahre
3	15 Jahre
5	16 Jahre
2	17 Jahre
2	18 Jahre
2	19 Jahre
1	20 Jahre

3. Gegen wie viele Personen wurden im Rahmen der Aktion und danach ein Ermittlungsverfahren eingeleitet? Es wird um Aufschlüsselung nach Anzahl, vorgeworfener Straftat bzw. Ordnungswidrigkeit und derzeitigem Sachstand gebeten.

Insgesamt wurden drei Straf- und zwei Ordnungswidrigkeitenverfahren (OWi) im Rahmen der polizeilichen Einsatzmaßnahmen eingeleitet.

Anzahl der Personen	Vorgeworfene Straftat / OWi	Derzeitiger Sachstand
1	Straftat - Sexuelle Belästigung	Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO
1	Straftat - versuchte Körperverletzung, Beleidigung	Verfahren gegen unbekannt, Abgabe an die Staatsanwaltschaft
1	Straftat - Besitz & Führen verbotener Gegenstände	Verfahren gegen unbekannt, Abgabe an die Staatsanwaltschaft
2	OWi - Mitführen von Anscheinswaffen (Pistolen)	Abgabe an die Stadt Wolfenbüttel

4. Welche Staatsangehörigkeiten und welche Aufenthaltsstatus haben die in Gewahrsam genommenen 33 und gegebenenfalls weitere aus dieser Gruppe polizeilich auffällig gewordenen Personen? Es wird um Aufschlüsselung nach Anzahl, Staatsangehörigkeit(en) und Aufenthaltsstatus gebeten, Mehrfachstaater bitte kenntlich machen.

Die Staatsangehörigkeit und der Aufenthaltsstatus der 18 Personen, die zur Identitätsfeststellung und teilweise erkennungsdienstlichen Behandlung zum PK Wolfenbüttel verbracht worden, sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen. Die Identitäten der weiteren vor Ort kontrollierten Personen wurden anlassbezogen festgestellt, vor dem Hintergrund fehlender rechtlicher Voraussetzungen jedoch nicht gespeichert.

Anzahl der Personen	Staatsangehörigkeit	Aufenthaltsstatus	Mehrfachstaater (ja/nein)
5	syrisch	Aufenthaltsurlaubnisse	Nein
5	deutsch	/	4 - Ja; 1 - Nein
4	afghanisch	Aufenthaltsurlaubnisse	Nein
3	irakisch	Aufenthaltsurlaubnisse	Nein
1	iranisch	Aufenthaltsurlaubnisse	Nein

5. Soweit gegebenenfalls deutsche Staatsbürger unter den Personen sind: Auf welcher konkreten Rechtsgrundlage haben sie die Staatsangehörigkeit erworben?

Angaben zu der Frage, aufgrund welcher Rechtsgrundlage die Betroffenen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten haben, liegen der Landesregierung nicht vor.

6. Wie hoch waren die Kosten des erwähnten und gegebenenfalls weiterer in diesem Zusammenhang durchgeführter Polizeieinsätze bzw. Polizeieinsatzes? Wurde sich um eine Erstattung der Kosten bemüht? Falls ja, wie ist der diesbezügliche Sachstand? Falls nein, warum nicht?

Unter der Annahme, dass die Fragestellung sich auf zusätzlich entstandene Kosten bezieht, ist festzustellen: Für den Einsatz selbst sind keine zusätzlichen Kosten zu verzeichnen, da die Kosten für das eingesetzte Personal ohnehin angefallen wären.

Vor diesem Hintergrund und gemäß der Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allgemeine Gebührenordnung - AllGO -) ist eine Erhebung der Einsatzkosten zu den in Rede stehenden Einsatzmaßnahmen nicht vorgesehen.

7. Wie stellt sich die aktuelle Lage in Wolfenbüttel dar? Wurden weitere Maßnahmen jenseits der medial berichteten ergriffen? Falls ja, welche? Falls nein, warum nicht?

Der Vorbemerkung entsprechend unterliegen die polizeilichen Maßnahmen sowie der Kräfteansatz einer ständigen Lagebeurteilung. Infolgedessen wurden u. a. die katalogmäßig vorbereiteten Kontroll- und Präsenzmaßnahmen infolge eines Stufenkonzepts vor und nach den berichteten Maßnahmen unter Beteiligung des kommunalen Ordnungsdienstes intensiviert.

Die in der Gesamtheit durchgeführten Präsenz- und Kontrollmaßnahmen wirken sich nach hiesiger Einschätzung positiv auf die Gesamtlage aus. Infolgedessen ist bereits ein Rückgang polizeilich relevanter Ereignisse in diesem Bereich zu verzeichnen.

Ungeachtet dessen und die polizeilichen Maßnahmen ergänzend wurde ein sogenannter Runder Tisch auf kommunaler Ebene unter Beteiligung der Stadt, des Landkreises und der Polizei Wolfenbüttel etabliert, um - die vorgenannte Gruppierung betreffend - konkrete Präventions- und Integrationsmaßnahmen zu optimieren.

(Verteilt am 25.01.2024)